



Rathaus Wiesbaden  
Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Helmut Müller  
Schloßplatz 1  
65183 Wiesbaden

Fachhochschule Wiesbaden  
University of Applied  
Sciences  
**Der Präsident**  
Kurt-Schumacher-Ring 18  
D 65197 Wiesbaden  
Telefon: +49 0611 94 95 11 00  
Fax: +49 0611 94 95 11 06  
E-Mail: [praesident@fh-wiesbaden.de](mailto:praesident@fh-wiesbaden.de)  
Az.: rey-la  
Wiesbaden, den 13.03.2009

### **Finanzielle Unterstützung der Stadt Wiesbaden für die Ansiedlung der European Business School (EBS)**

Sehr geehrter Dr. Müller,

mit großer Aufmerksamkeit verfolgen die Angehörigen der Fachhochschule Wiesbaden die Diskussionen um die geplante finanzielle Unterstützung der Stadt Wiesbaden für die mögliche Ansiedlung der European Business School in Wiesbaden. Den Presseberichten ist zu entnehmen, dass im Rahmen der Etablierung einer zweiten Vollfakultät der EBS und der angestrebten Anerkennung als Universität dann gegebenenfalls mit bis zu 800 Studierenden in Wiesbaden zu rechnen sei.

Soweit wir der Presse entnehmen können, gibt es bereits eine Zusage der Stadt, die Ansiedlung einer juristischen Fakultät der EBS mit 3 Millionen Euro, verteilt auf 15 Jahre, zu unterstützen. In den letzten Wochen wurde zudem berichtet, dass Stadt und Land die Etablierung der EBS als Volluniversität mit insgesamt 25 Millionen fördern wollen und das Land davon 12 Millionen übernehmen wolle. In einem Interview mit der FAZ werden Sie, Herr Dr. Müller als Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, mit der Aussage zitiert, Sie hätten „mit eher sechs Millionen gerechnet“.

Sie können sich sicherlich vorstellen, dass diese Presseberichte innerhalb der FH Wiesbaden zu sehr intensiven Diskussionen geführt haben.

 Irritierend ist aus unserer Sicht der Fakt, dass kommunale Gelder dafür verwendet werden sollen, eine private Hochschule zu fördern. Die European Business School ist eine „klassische“ private Hochschule, also eine Hochschule, die von nicht öffentlichen Institutionen, Personen oder Personengruppen gegründet wurde und in ihrer Trägerschaft bleibt. Die Hochschule strebt nach eigenen Angaben nach dem Status und dem Image von Elite Business Schools in den USA.

Die deutsche Hochschulrektorenkonferenz hat in einem Grundsatzbeschluss<sup>1</sup> die Forderung erhoben, dass private Hochschulen „prinzipiell privat finanziert werden müssen“ und dass „eine öffentliche Finanzierung ... nur dann vertretbar (ist), wenn sie ein neuartiges Studienangebot unterbreiten, das so nicht von staatlichen Hochschulen bereitgestellt wird“. Nun findet sich aber in unmittelbarer Nachbarschaft beispielsweise an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und an der Goethe-Universität Frankfurt gerade für den an der EBS neu vorgesehenen Studienbereich Jura das gleiche Studienangebot in zahlenmäßig außerordentlicher Stärke.

Die in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung der EBS durch die Stadt Wiesbaden würde diese Grundsätze und Forderungen eklatant konterkarieren. Dass *kommunale* Gelder in diesem Umfang im Zusammenhang mit einer hochschulpolitisch so bedeutsamen Frage eingesetzt werden sollen, verwundert aus unserer Sicht sehr.

Zudem kann die finanzielle Unterstützung einer privaten Hochschule in diesem Ausmaß nicht als sozialpolitisch neutral gesehen werden. Studierende zahlen derzeit für ein Studium an der EBS rund 12.000 Euro Studiengebühren im Jahr. Der Kreis der potentiellen Studierenden ist damit im Wesentlichen auf Angehörigen der Gesellschaftsschichten beschränkt, die sich rund 36.000 Euro für einen Bachelorstudiengang oder rund 50.000 Euro für einen Bachelor- und einen Masterstudiengang leisten können.

Wir möchten Sie auf diesem Wege bitten, uns zum einen direkt Informationen über die geplante finanzielle Unterstützung der Stadt Wiesbaden und deren Umfang für die European Business School zur Verfügung zu stellen, damit wir in der Beurteilung nicht auf Presseartikel angewiesen sind. Und zum anderen bitten wir Sie, Ihre Zusagen vor dem Hintergrund der grundsätzlichen hochschulpolitischen Bedeutung und der sozialen Schranken für das Studium an der EBS noch einmal zu überdenken.

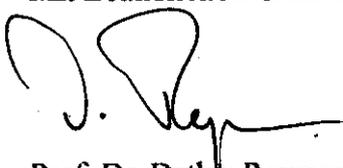
Der Studienort Wiesbaden unserer Hochschule ist bereits jetzt vielfältig mit der Stadt verflochten. Ein Großteil der Studierenden und Beschäftigten sind Bürger der Stadt, die Hochschule selbst ist einer der großen Arbeitgeber und spielt im kulturellen Leben der Stadt durchaus eine Rolle. In den letzten Jahren wurden zudem eine Vielzahl von Forschungsprojekten und Untersuchungen mit Bezug zur Stadt und teilweise gemeinsam oder im Auftrag von und mit Institutionen und Einrichtungen der Stadt durchgeführt.

---

<sup>1</sup> Neue private Hochschulen – Überlegungen zum Wettbewerb staatlicher und privater Hochschulen. Empfehlungen der Mitgliedergruppe Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz. Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 21./22. Oktober 2002 in Lübeck, S. 4, unter Bezugnahme auf eine Empfehlung aus dem Jahre 1998

 Die Hochschule würde die Zusammenarbeit mit der Stadt gerne weiterführen und ausbauen. Wir haben uns vorgenommen, unsere Präsenz in der Landeshauptstadt noch zu intensivieren und würden uns in diesem Sinne über einen Dialog mit Ihnen freuen. Ich möchte unter anderem das vereinbarte Gespräch am 24. März 2009 mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden auch dazu nutzen, über die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Stadt und der Fachhochschule zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Detlev Reymann  
(Präsident)

Kopie:

- Fraktionsvorsitzender SPD, Herrn Axel Imholz
- Fraktionsvorsitzender CDU, Herrn Bernhard Lorenz
- Fraktionsvorsitzender FDP, Herrn Michael Schlempp
- Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen, Frau Bettina Schreiber
- Fraktionsvorsitzender LiLi, Herrn Hartmut Bohrer
- Fraktionsvorsitzender BLW, Herrn Dr. Michael von Poser
- Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Angelika Thiels